

Sarkozy bemüht Geheimdienst um Gerüchte über Ehekrise zu stoppen

VON DANNY LEDER, PARIS

Durch widersprüchliche und übertriebene Reaktionen haben Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy und sein engster Beraterkreis die Gerüchte über die Ehekrise zwischen dem Staatschef und seiner Frau Carla Bruni-Sarkozy, die bis vor kurzem nur im Ausland für Schlagzeilen sorgten, erstmals in den Blickpunkt der französischen Öffentlichkeit gerückt.

Zu Wochenbeginn hatte Pierre Charon, ein Berater des Präsidenten, von einer „internationaler Verschwörung“ gegen Sarkozy gesprochen. Charon kündigte gerichtliche Schritte an. Inzwischen bestätigte der Chef des Inlands-Nachrichtendienstes, er habe Anweisung erhalten, die Autoren der Gerüchte auszuforschen. Darauf reagierte ein erboster Sprecher der Linksoption: „Der Präsident missbraucht den Geheimdienst für seine Privatangelegenheiten“.

Dabei hatte Präsidentengattin Carla in einem Radio-Interview genau das Gegenteil behauptet: Es gebe weder eine Verschwörung gegen sie und ihren Mann, noch wären Erhebungen angeordnet worden. „Diese Gerüchte sind nicht angenehm, aber wir haben nie versucht dagegen anzukämpfen, weil man gegen Gerüchte nichts unternehmen kann“, erklärte Carla.

Der Ausgangspunkt scheint der Bericht eines Blogger auf Twitter im Februar gewesen zu sein: darin wurde behauptet, Carla habe Nicolas zugunsten eines jungen Chansonier „stehen gelassen“. Während Massenblätter Europaweit diese Meldung blitzschnell und ungeprüft übernahmen, hielten sich die französischen Medien bedeckt. Nur vereinzelt gab es ironische Andeutungen in TV-Sendungen und ein paar Berichte auf Websites.

Das hat Tradition: Frankreichs Zeitungen brachten nur selten Enthüllungen über die Intimsphäre von Politikern. Auch aus der Sicht der Bevölkerung gehört Medien-Schnüfflerei in Privatsachen nicht zum guten politischen Ton. Insofern könnten die heftigen Reaktionen aus dem Kreis um Sarkozy dem Image des Präsidenten mehr schaden, als die eigentlichen Gerüchte. Sarkozy scheint aber überzeugt, dass diese Gerüchte von Rivalen in seinem eigenen politischen Lager gestreut wurden, und dass er deren Urheber zur Strecke bringen muss.